

Digitale Souveränität

Europas attraktive Alternativen

[22.01.2026] Dataport-Vorstandsvorsitzender Johann Bizer mahnt schon lange, dass digitale Souveränität für öffentliche Verwaltungen ein zentrales Thema ist. Im Gespräch mit Kommune21 erklärt er, warum geopolitische Entwicklungen die Debatte radikal verändert haben.

Herr Bizer, das Thema digitale Souveränität hat enorm an Dynamik gewonnen. Warum ist es Ihrer Meinung nach jetzt so wichtig geworden?

Der entscheidende Wendepunkt ist die Entwicklung in den USA – insbesondere unter Präsident Donald Trump. Bereits in seiner ersten Amtszeit haben wir erlebt, wie schnell internationale Regeln infrage gestellt wurden. Inzwischen sehen wir, dass vieles strategisch geplant und geopolitisch motiviert ist. Nun ist vor allem die Privatwirtschaft aufgewacht. Als Zölle und Handelsrestriktionen ganze Wertschöpfungsketten und Märkte bedrohten, wurde deutlich, wie riskant einseitige Abhängigkeiten sind. Diese Debatte überträgt sich zunehmend auf die öffentliche Verwaltung. Digitale Souveränität ist also kein behördenspezifisches Thema. Sie betrifft das gesamte Land, seine Funktionsfähigkeit und seine wirtschaftliche Basis.

Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich auch die sicherheitspolitische Lage verändert. Welche Lehren muss die Verwaltung daraus ziehen?

Die öffentliche Verwaltung muss verteidigungsfähig und ausfallsicher aufgestellt sein. Das betrifft verteilte Betriebsstätten, die Absicherung Kritischer Infrastrukturen und den Schutz vor staatlichen Cyber-Angriffen. Digitalisierung, Sicherheit und Resilienz müssen zusammen gedacht werden. Sie beeinflussen sich gegenseitig. Und sie müssen gemeinsam in eine moderne Verwaltungsarchitektur einfließen. Zwar wächst das Bewusstsein dafür, doch ist es noch längst nicht überall verankert.

Kann die Cloud dabei helfen, Abhängigkeiten zu verringern und die Infrastruktur sicherer zu machen?

Grundsätzlich ja, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Der Markt hat sich in den vergangenen Jahren massiv gewandelt. Noch vor Kurzem hörten wir von einigen Hyperscalern, dass es Cloud-Technologie nur bei ihnen gebe. Heute stellen dieselben Anbieter ihre Technologie als Produkt bereit, das in eigenen Rechenzentren betrieben werden kann. Das ist eine direkte Reaktion auf die Souveränitätsdebatte, da die Unternehmen um ihre europäischen Geschäftsmodelle fürchten. Gleichzeitig müssen wir uns von der Vorstellung verabschieden, dass die Cloud automatisch billiger ist. Der Vorteil liegt eher in der Geschwindigkeit – vorausgesetzt, die Software ist cloudfähig und es existieren echte Standards. Ohne gemeinsame Container- und Betriebsstandards droht jedoch das Gegenteil eines vereinfachten Betriebs, nämlich eine neue Fragmentierung. Richtig eingesetzt kann Cloud-Technologie die digitale Souveränität tatsächlich stärken. So bekommt die öffentliche Verwaltung die Möglichkeit, moderne Dienste unter eigener Kontrolle zu betreiben, auch wenn die zugrunde liegende Technologie von privaten Anbietern stammt.

Inzwischen bieten viele Hyperscaler souveräne Cloud-Varianten an. Wie bewerten Sie diese Angebote?

Mit Zurückhaltung. Zwar beobachten wir eine größere Offenheit, doch bleiben viele dieser Angebote im Kern an die bestehenden Geschäftsmodelle der Anbieter gebunden. Das prominenteste Beispiel ist das

Projekt Delos Cloud, das ein souveränes Microsoft-Office-365-Angebot ermöglichen soll. Dafür liegen noch keine Zertifizierungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik vor, was auf strukturelle Probleme hindeutet. Microsofts Softwarelandschaft ist extrem komplex, wächst permanent und ist damit schwer prüfbar – ein großes Hindernis für klare Sicherheitszusagen. Gleichzeitig entstehen in Europa attraktive Alternativen. [Dataport](#) hat mit den Cloud-Anbietern Ionos, StackIT und der europäischen Initiative Sovereign Cloud Stack gute Erfahrungen gemacht. Diese Entwicklungen zeigen, dass die alte Behauptung, eine moderne Verwaltung sei ohne amerikanische Hyperscaler unmöglich, nicht mehr stimmt.

„Die öffentliche Verwaltung muss verteidigungsfähig und ausfallsicher aufgestellt sein.“

Wie steht es um die Deutsche Verwaltungscld, kann dieser kooperative Ansatz funktionieren?

Die Deutsche Verwaltungscld ist keine von oben verordnete Maßnahme, sondern eine von unten kommende Initiative. Große öffentliche IT-Dienstleister haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam cloudfähige Dienste anzubieten. Die ersten Services sind bereits verfügbar. Dies ist ein bedeutender Fortschritt in der föderalen IT-Kooperation und geht weit über das hinaus, was die politische Ebene derzeit abbildet. Die eigentliche Herausforderung liegt weniger in der Plattform selbst als in der Entwicklung cloudfähiger Fachsoftware. Das braucht Zeit und Kapital. Parallel dazu gibt es den politischen Wunsch, über die Verwaltungscld auch souveräne Plattformen privater Anbieter einzubinden. Beides passiert. Die Wege schließen sich nicht aus, sondern ergänzen einander.

Auch kommunale IT-Dienstleister rücken enger zusammen. Ist das eine Reaktion auf das Thema digitale Souveränität?

Haupttreiber ist die zunehmende Komplexität und Kapitalintensität der Digitalisierung. Kaum ein Dienstleister kann die damit verbundenen Herausforderungen allein schultern. Diese Entwicklung ist im Vitako-Verbund seit vielen Jahren zu beobachten und intensiviert sich zunehmend. Das frühere Denken, jeder müsse eine Leuchtturmrolle spielen, verliert an Bedeutung. Heute setzt sich die Einsicht durch, dass Steuergelder nur einmal ausgegeben werden sollten. Gemeinsame Entwicklungen sind effizienter und führen zu besseren Ergebnissen. Die Gründung von GovDigital markiert einen wichtigen Meilenstein: Öffentliche IT-Dienstleister haben sich verpflichtet, neue Technologien gemeinsam zu entwickeln und zu betreiben. Dadurch werden die gesamten öffentlichen Infrastrukturen gestärkt.

Wie wichtig ist Open Source für die digitale Souveränität?

Open Source spielt eine zentrale Rolle. In den Rechenzentren des öffentlichen Sektors gehören Linux-Systeme seit Jahren zum Standard. Auch im Datenbank- und Applikationsbereich nimmt der Anteil offener Software zu. Wichtig ist dabei weniger der Quellcode selbst als die Verfügbarkeit professionellen Supports. Wenn dieser gegeben ist, unterscheidet sich Open Source im Betrieb kaum von proprietären Lösungen. Mit der Lösung OpenDesk haben wir eine souveräne Alternative zu klassischen Office-Umgebungen geschaffen. Ein weiterer Meilenstein ist die Nutzung des Sovereign Cloud Stacks in unseren Rechenzentren. Er stärkt die technologische Unabhängigkeit.

Mit Blick auf immer noch bestehende technologische Abhängigkeiten: Ist digitale Souveränität überhaupt vollständig erreichbar?

Ja, das ist sie, auch wenn dies Zeit braucht. Wir haben uns über viele Jahre in Abhängigkeiten begeben, und es wird ebenso viele Jahre dauern, uns daraus zu lösen. Gleichzeitig existieren bereits heute

souveräne Alternativen und erfolgreiche Projekte. Entscheidend ist, dass wir klar definieren, was wir brauchen, und konsequent daran arbeiten. Der Markt reagiert, wenn wir eine einheitliche Haltung einnehmen. Digitale Souveränität ist kein romantischer Wunsch, sondern ein realistisches Ziel – vorausgesetzt, Politik und Verwaltung verharren nicht in Bequemlichkeit, sondern gestalten aktiv.

()

Dieses Interview ist in der Ausgabe Januar 2026 von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Digitale Souveränität, Dataport, Cloud, Cybersicherheit, Johann Bizer